

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einrichtung eines Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Absicht der Bundesregierung, die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie im bewährten institutionellen Rahmen weiterzuentwickeln. Er unterstützt die Umsetzung der Nachhaltigkeitsprüfung und ihre Ergänzung durch eine offizielle Generationenbilanz, die die monetarisierbaren Leistungen und Lasten heutiger Politik für kommende Generationen transparent macht. Eine solche Nachhaltigkeitsprüfung bedarf ebenso wie die Nachhaltigkeitsstrategie einer parlamentarischen Kontrolle.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hat in den beiden zurückliegenden Wahlperioden des Deutschen Bundestages hervorragende Grundlagenarbeit geleistet, um die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes zu begleiten und die Voraussetzungen für eine vertiefte Einbindung der Nachhaltigkeitsstrategie in die parlamentarischen Beratungsverfahren zu schaffen.

Auf Initiative des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung in der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages hat die Bundesregierung die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien durch die Einführung einer Nachhaltigkeitsprüfung in die Gesetzesfolgenabschätzung ergänzt. Dies muss nun auch in das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren integriert werden.

Voraussetzung für den Erfolg der Nachhaltigkeitsprüfung, die um eine offizielle Generationenbilanz ergänzt werden soll, ist eine effektive Kontrolle und politische Bewertung der Prüfergebnisse. Dabei geht es zum einen um eine Verfahrens- bzw. Prozesskontrolle dahingehend, ob die Nachhaltigkeitsprüfung formal korrekt und vollständig erfolgt ist. Zum anderen geht es um eine politische Bewertung der Nachhaltigkeitsprüfung und damit auch darum, ob die beabsichtigten Wirkungen eines Gesetzes die unbeabsichtigten Nebenwirkungen auf die Nachhaltigkeitsstrategie rechtfertigen. Die Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung ermöglicht künftig solch einen Abwägungsprozess in der Gesetzgebung und macht diesen transparent und nachvollziehbar. Ziel der Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung ist es, einen entscheidenden Beitrag zu mehr Generationengerechtigkeit und einer zukunftsfähigen Politik zu leisten. Die letztendliche Entscheidung und Verantwortung liegen weiterhin beim federführenden Ausschuss des Deutschen Bundestages.

Mit dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung werden die parlamentarische Begleitung der Nachhaltigkeitsstrategien der Bundesregierung und der Europäischen Union sowie die Bewertung der Nachhaltigkeitsprüfung

in der Gesetzesfolgenabschätzung sichergestellt und der Dialog über die nachhaltige Entwicklung mit gesellschaftlichen Gruppen verbessert.

II. Der Deutsche Bundestag beschließt:

1. Der Deutsche Bundestag richtet einen Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung ein.
2. Dieser Beirat hat zweiundzwanzig ordentliche und zweiundzwanzig stellvertretende Mitglieder, die die Fraktionen aus ihrer Mitte entsenden, und zwar die Fraktion der CDU/CSU je neun ordentliche und neun stellvertretende Mitglieder, die Fraktion der SPD je fünf ordentliche und fünf stellvertretende Mitglieder, die Fraktionen FDP und DIE LINKE je drei ordentliche und drei stellvertretende Mitglieder und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN je zwei ordentliche und zwei stellvertretende Mitglieder.
3. Für das Verfahren des Beirats gelten die die Ausschüsse betreffenden Regelungen der Geschäftsordnung.

Im Blick auf die Regelung des Artikels 43 des Grundgesetzes geht der Deutsche Bundestag davon aus, dass auf Wunsch des Beirats jeweils ein Mitglied der Bundesregierung an den Beratungen teilnimmt.

4. Dem Parlamentarischen Beirat werden folgende Aufgaben übertragen:
 - parlamentarische Begleitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, insbesondere Mitberatung bei der Festlegung und Konkretisierung von Zielen, Maßnahmen und Instrumenten sowie bei der Vernetzung wichtiger nachhaltigkeitsrelevanter Politikansätze, Entwicklung von Vorschlägen zur Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie;
 - parlamentarische Begleitung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie;
 - der Beirat kann sich Schwerpunkte für eine eingehendere Beratung, die eine nachhaltige Entwicklung betreffen, wählen und dem jeweils federführenden Ausschuss des Deutschen Bundestages in Berichten und Empfehlungen zur Beratung vorlegen; der Beirat kann sich während der laufenden Wahlperiode an der Beratung von Gesetzentwürfen und anderen Vorlagen, die das Aufgabengebiet des Beirates betreffen, gutachtlich beteiligen;
 - Bewertung der Nachhaltigkeitsprüfung der Bundesregierung und Begleitung der Implementierung einer Generationenbilanzierung. Er erstattet dem Deutschen Bundestag Bericht über Verbesserungsmöglichkeiten der Nachhaltigkeitsprüfung der Bundesregierung und kann auch im Rahmen der Selbstbefassung Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen an den federführenden Ausschuss abgeben. Diese Stellungnahmen des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung zu Gesetzentwürfen der Bundesregierung und des Bundesrates sind durch den federführenden Ausschuss zu bewerten;
 - parlamentarische Begleitung der auf Ebene der Bundesregierung geschaffenen Institutionen zur nachhaltigen Entwicklung (Staatssekretärsausschuss, Rat für nachhaltige Entwicklung);
 - Abgabe von Empfehlungen zu mittel- und langfristigen Planungen, die eine nachhaltige Entwicklung betreffen oder geeignet sind, die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung zu ergänzen;
 - Kontaktpflege und Beratungen mit anderen Parlamenten, insbesondere in der Europäischen Union, zur Entwicklung gemeinsamer Positionen zur nachhaltigen Entwicklung;

- Unterstützung der gesellschaftlichen Diskussion zur nachhaltigen Entwicklung, Wahrnehmung einer Scharnierfunktion für gesellschaftliche Gruppen.
5. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung legt dem Deutschen Bundestag mindestens alle zwei Jahre einen Bericht vor.

Berlin, den 16. Dezember 2009

Volker Kauder, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) und Fraktion
Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion
Birgit Homburger und Fraktion
Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

